

haben auch medial transportierte Stimmen aus dem Volk nicht, wie die: Wenn man fremde Gäste habe und Verwandte kämen, dann müßten die fremden Gäste eben raus.

Es wird angesichts der Wirtschaftskraft der Bundesrepublik nicht schwerfallen, das Umsiedlerproblem mittelfristig trotz gegenwärtiger Notlagen zu lösen. Schwieriger wird es schon, im Umgang zwischen Bundesrepublik und DDR – vorausgesetzt, daß die Reformen dort weitergehen – zu politischen und wirtschaftlichen Lösungen zu finden, die eine eigenständige Entwicklung der DDR in gegenseitiger Annäherung ermöglichen. Nicht minder schwierig dürfte es aber mit den nationalen Stimmungen werden, die sich jetzt breitmachen, und mit der Frage, ob Deutsche die Überzeugung und Geduld aufbringen, um mit der Wiedervereinigung so zu warten und zu verfahren, daß sie das Zusammenwachsen freier europäischer Völker nicht stört, sondern fördert. Auf jeden Fall beginnt der *Ernstfall der „Bewältigung“ deutscher Vergangenheit* erst jetzt, wo nationale Gefühle wieder aufbrechen, sich ungehemmt äußern und sich auch politisch großräumig auswirken können. Im Verhältnis dazu war alle „Vergangenheitsbewältigung“ bisher einschließlich des ziemlich überflüssigen Historikerstreits Vorspiel, wenn nicht gar Geschwätz.

se

Versöhnung?

Der Besuch des deutschen Bundeskanzlers in Polen

Man möchte an eine List der Geschichte glauben. Denn wie hätte die schicksalhafte Verknüpfung von deutscher und polnischer Gegenwart sinnfälliger und wie in einem Brennglas konzentriert sichtbar gemacht werden können, als es in dem scheinbar naturwüchsigen Geschehen – wo in der Welt gab es da einen politischen Plan, eine Konzeption, eine Strategie – um den 9. November 1989 in der Mitte

Deutschlands und in Polens Hauptstadt abließ? Nichts schien geplant, und alles hatte einen historischen Sinn – selbst wenn die politischen Protagonisten ihn nicht ganz erfaßten oder ihm keinen verbalen Ausdruck zu verleihen imstande waren. Wer heute danach fragt, ob in *Warschau* oder in *Kreisau* von Deutschen vielleicht eine unwiederbringliche Chance vertan worden ist, angesichts des vulkanischen Ausbruchs im Herzen Deutschlands den zuerst und zutiefst betroffenen Polen spontan eine politische Geste zu offerieren, die eine Beschränkung auf das völkerrechtlich Gültige weit hinter sich gelassen hätte, findet keine befriedigende Antwort.

Historisch waren die Ereignisse in Berlin, historisch war auch der Kanzlerbesuch in Polen – trotz aller Peinlichkeiten im Vorfeld und während der Visite. Denn mit *Helmut Kohl* trat am 9. November 1989 erstmals ein deutscher Kanzler polnischen Bodens, der das konservative politische Spektrum der deutschen Demokratie repräsentiert. Schließlich ist von entscheidender Bedeutung für die deutsch-polnischen Beziehungen im 20. Jahrhundert der politische Ausgleich, ja die Freundschaft mit Polen, die von *allen* demokratischen Kräften in Deutschland getragen wird.

Willy Brandt kam das historische Verdienst zu, mit der Unterschrift unter den Warschauer Vertrag, der die territoriale Integrität Polens in Zukunft der politischen Infragestellung entziehen sollte, und mit dem Kniefall vor dem Denkmal der jüdischen Ghettohelden die unabdingbaren politischen und psychologischen Voraussetzungen für den allmählichen Prozeß der vielberufenen Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen geschaffen zu haben.

Mit einem historischen Durchbruch am Ende des Jahres 1989 konnte ein neuer Meilenstein der deutsch-polnischen Verständigung erreicht werden. Polen hat erstmals seit der Wiedergewinnung seiner Staatlichkeit im Jahre 1918 *die* Deutschen als Freunde und als aktive Förderer beim Wiederaufbau einer Wirtschaft, die von der letzten kommunistischen Regierung in

ruinösem Zustand hinterlassen wurde. Der so vielbeschworene Durchbruch im 50. Jahr nach dem deutschen Überfall auf Polen ließ zwar einige Monate länger auf sich warten, als es viele für angezeigt hielten. Im nachhinein kann sich der Bundeskanzler mit seinem Zögern im Recht fühlen, geht doch jetzt das Angebot der wirtschaftlichen und finanziellen Hilfe und Kooperation beim marktwirtschaftlichen Umbau der Wirtschaft in Polen an eine aus der „Solidarność“-Bewegung und anderen nichtkommunistischen Kräften hervorgegangenen Regierung.

Die hektischen Aktivitäten unmittelbar vor der Abreise von *Helmut Kohl* nach *Warschau*, die letzten und allerletzten „Feinabstimmungen“ von Programmpunkten machten nochmals schmerzlich deutlich, daß ungeachtet der Bereitschaft der verantwortlichen Politiker zu einer dauerhaften Aussöhnung politische Rücksichten zu nehmen sind. Da ist nicht nur an deutsche Völkerrechtsvorbehalte und Vertriebenenpolitiker zu denken. Auch einer nichtkommunistischen Regierung in *Warschau* mußte es nicht automatisch leichter fallen, den Blick unbeirrt nach vorne zu richten, wenn sie unter den Druck von sich national gerierenden Kommunisten und eines in nationaldemokratischen Vorkriegstraditionen gefangenen Primas gerät.

Ungleichzeitigkeit ist ein anderes Hindernis auf dem Weg zur Aussöhnung. Man fühlte sich in eine andere Welt versetzt, wenn man auf die Geschehnisse und in die Gesichter der Gläubigen auf dem ehemaligen Gut *Kreisau* blickte. Es fällt schwer, sich vorzustellen, die Schlesier, die dort der Versöhnungsmesse beiwohnten, hätten den zwischen dem polnischen Ministerpräsidenten und dem deutschen Bundeskanzler ausgetauschten Friedensgruß wirklich verstanden und angenommen. Versöhnung und Europa sind für sie noch abstrakte Größen. Die „Zivilisation der Liebe“ muß hier erst noch hingetragen werden – von Deutschen und Polen. Warum muß *Bischof Nosol* bei den Seinen in *Warschau* und anderswo so sehr darum kämpfen? Mit *von der Geschichte Vergessenen* wurde der Kanzler auch während sei-

nes Besuchs in der KZ-Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau konfrontiert. Die große Geste des Versöhnungsgrußes ist politisch bedeutsam; aber hier vor den demonstrierenden und zugleich verunsicherten und schüchternen ehemaligen Zwangsarbeitern, die vergessen wurden von den kommunistischen Regierungen der Vergangenheit und von der wohlhabenden Bundesrepublik, hier hätte eine kleine Geste der Aufmerksamkeit vielleicht sehr viel bewirken können, sehr viel mehr als Geld. – Polen hat den Zweiten Weltkrieg, den Nazi-Deutschland angefangen hat, wirklich verloren, und es zahlt dafür bis heute. Ist das für Deutsche so schwer zu verstehen? Zugleich ist Polen angewiesen auf die reiche, zuweilen allzu selbstzufrieden und gut genährt daher kommende Bundesrepublik. Ja, die Bundesrepublik Deutschland ist bereit, Polen zu helfen. Und sie wird dadurch nur noch dazugewinnen. Polnische Überempfindlichkeiten und die gemischten Gefühle nach dem Kohl-Besuch sind auch daraus zu erklären. Gekrümmter Gang, permanente Sühnebereitschaft, Selbstverleugnung sind von uns Deutschen nicht verlangt, aber etwas anderes, mit dem wir angesichts unserer Größe nicht allzusehr gesegnet sind: Einfühlungsvermögen.

Angesichts der Widrigkeiten im Verhältnis zwischen Deutschen und Polen, die gerade während der Kanzlerreise immer wieder daran gemahnten, wieviel noch für die Versöhnung zu tun bleibt, bleibt festzuhalten, daß die christliche Geste des Versöhnungsgrußes Gegensätze überwinden half. Bei aller *Unabgeschlossenheit im Aussöhnungsprozeß* zwischen Deutschen und Polen ist im November 1989 ein neues Kapitel in den beiderseitigen Beziehungen eingeleitet worden. Und das gehört auch zu den Realitäten: Bis vor kurzem wäre es noch unvorstellbar gewesen, daß ein deutscher Bundeskanzler und ein polnischer Ministerpräsident sich zu einer brüderlichen Geste bereitfinden. Es war der tapfere, fast zerbrechlich wirkende *Tadeusz Mazowiecki*, der am Ende des Polenbesuchs des Bundeskanzlers den Satz sprach: „Wir haben in Ihnen einen Freund gefunden“.

Es ist an den Deutschen zu erkennen, daß die Freiheit in Deutschland ohne die Freiheit Polens nicht denkbar ist, und nicht zu vergessen, daß die friedliche Revolution in der DDR, die vielleicht die erste erfolgreiche Revolution in der deutschen Geschichte ist, ohne den langen und mutigen Freiheitskampf der Polen, ohne „Solidarność“ nicht wäre. bi

Aussprache

Die deutschen Bischöfe beim Papst und bei der Kurie in Rom

Wegen übermäßiger Publizität brauchte sich bei dem ursprünglich äußerst diskret angelegten Gespräch niemand zu beklagen. Die Aufmerksamkeit hierzulande war durch anderes besetzt (vgl. ds. Heft, S. 544). Der Papst selbst wies darauf hin, als er eingangs von einem „bewegenden Moment tiefgreifender Veränderungen in Europa“ sprach. Von Schaden war dies nicht. So konnte offen und ohne Fensterreden miteinander gesprochen werden. Und so kam man trotz strenger Sitzordnung und der etwas umständlichen Gesprächsgestaltung (jeweils Referat und Korreferat) auch bald zur Sache. Bei allgemeinen Ausführungen zum Thema („Die Weitergabe des Glaubens an die kommende Generation und die Dienste der kirchlichen Glaubensvermittlung“) hielt man sich nicht lange auf. Man sprach und diskutierte konkret über Theologie und Priesterausbildung; über Katechese und Religionsunterricht, über kirchliche Ämter und Dienste. Daß es bei dem Gespräch der deutschen Bischöfe mit Vertretern der Kurie unter dem Vorsitz des Papstes, zu dem für den 13./14. November alle bundesdeutschen Diözesanbischöfe (mit Ausnahme des erkrankten Passauer Bischofs Franz X. Eder) mit dem vom Papst extra begrüßten Westberliner Generalvikar *Johannes Tobei* nach Rom gekommen waren, auch Gegensätzliches gab, blieb nicht verborgen.

Schon beim ersten Thema (*Theologenausbildung*) wurden Positionen und Gegenpositionen deutlich. Kardinal *Ratzinger* – er war von den Kurienvertretern, die an den Gesprächen beteiligt waren, u. a. nahmen Kardinal *Mayer* und Bischof *Josef Cordes* daran teil, der wohl wichtigste – trug dazu in pointierter Form von ihm Bekanntes vor. Er griff ziemlich frontal die deutschen theologischen Fakultäten und damit mehr oder weniger die Theologie in Deutschland insgesamt an. Ratzinger stellte einen Trend zur *Überspezialisierung, zur Zusammenhanglosigkeit und zur Entkirchlichung* der Theologie fest; und: mehr und mehr verstehe sich Theologie in Deutschland „als Machtfaktor in der Kirche gegen die Kirche“. Dieser stark von der Reaktion Ratzingers auf die „Kölner Erklärung“ vom Januar dieses Jahres diktierte Position, die wie schon vorher in der Bundesrepublik (vgl. HK, November 1989, 488 f.), so auch während der Begegnung in Rom von Erzbischof *Johannes Dyba* nachhaltig unterstützt wurde, hielt Kardinal *Friedrich Wetter*, der Nachfolger Kardinal Ratzingers als Erzbischof von München und Freising, entgegen: Die deutschen Theologieprofessoren seien keineswegs von „einem kirchenkritischen Geist beseelt“, sie verhielten sich auch nicht abweisend gegenüber der Autorität des Lehramtes und das Theologiestudium, wie es in Deutschland zu absolvieren sei, werde nach Aufbau und inhaltlicher Konzeption sowohl wissenschaftlichen wie auch kirchlichen Anforderungen gerecht. Anders als Ratzinger verteidigte *Wetter* auch das weltkirchlich eine Sondersituation darstellende „duale System“ von Konvikten/Priesterseminaren und theologischen Fakultäten. Und gegen einen gegenwärtig erkennbaren *zentralkirchlichen Trend zur „Seminarisierung“ der Theologenausbildung* verteidigte *Wetter* – trotz im einzelnen eingeräumter Mängel – die deutsche Universitätstheologie nachdrücklich. Die Einbindung in das allgemeine deutsche Universitätswesen sei „maßgeblich für das hohe Niveau, das die Theologie in Deutschland entwickeln konnte“. Wenn die Kirche – so *Wetter* – in einer Zeit fortschreiten-